

Integration wird systematisch verhindert – DKSB fordert: Perspektiven von Kindern und Jugendlichen sowie ihre Rechte achten

Aachen, 20. Mai 2016. Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) kritisiert das von der Bundesregierung geplante Integrationsgesetz scharf und fordert, die Kinder und Jugendlichen anzuhören und ihren Schutz zu gewährleisten.

„Der Titel Integrationsgesetz ist reiner Etikettenschwindel. In der Fassung des Referentenentwurfes erweist sich das geplante Gesetz als Integrationsverhinderungsgesetz“, kritisiert DKSB-Präsident Heinz Hilgers. Zusammen mit den bereits vorgenommenen Gesetzesänderungen der Asylpakete I und II werde es die Rechte von geflüchteten Menschen in Deutschland weiter abbauen und ihre Lebensbedingungen drastisch verschlechtern, so Hilgers weiter.

Die Erfahrungen des DKSB aus seiner Arbeit mit Kindern und ihren Familien nach der Flucht zeigen, dass es ihnen keinesfalls an der Integrations- und Mitwirkungsbereitschaft fehlt. „Wir brauchen also weder Gesetzesverschärfungen noch Sanktionierungen, die teilweise sogar gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und das Grundgesetz verstoßen“, betont der DKSB-Präsident. Vielmehr müssen mehr Integrationsangebote geschaffen und die Hürden zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt abgebaut werden. Auch die geplanten Wohnsitzzuweisungen sind nicht geeignet, um eine nachhaltige Integration sicherzustellen.

„Die nach Deutschland kommenden Menschen müssen die Chance haben, hier anzukommen und ein Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dazu gehört die schnellstmögliche Familienzusammenführung, aber auch der Familiennachzug“, ergänzt DKSB-Vizepräsidentin Prof. Dr. Sabine Andresen. Wissenschaftliche Untersuchungen wie die im März erschienene Studie ‚Angekommen in Deutschland‘ (www.worldvision-institut.de/kinderstudien-gefluechtete-kinder-erzaehlen.php) belegen, dass die Belange der geflüchteten Kinder nicht berücksichtigt werden, so Mitautorin Sabine Andresen weiter. „Diese Kinder haben viel erlebt und sie sind sehr gut in der Lage, Aussagen über ihr Wohlbefinden zu treffen. Sie brauchen Perspektiven und Bildungszugänge, unabhängig davon, wie lange sie in Deutschland bleiben. Vor allem muss ihr Schutz in den Einrichtungen und Unterkünften gewährleistet sein. Da müssen wir uns noch mehr anstrengen.“

Der DKSB bietet konkrete praktische Hilfe und Unterstützung für Kinder und ihre Familien nach der Flucht. Das Spektrum reicht von Sprachkursen, allgemeiner Beratung für Familien sowie der Vermittlung von Paten- und Vormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge über Spiel-, Sport- bzw. Freizeitangebote in Gemeinschaftsunterkünften bis hin zu Eltern-Kind-Cafés, in denen Familien Informationen über die medizinische Versorgung sowie Bildungsleistungen und Betreuungsangebote erhalten.



Foto (DKSB): Brigitte Radke, Vorsitzende des Ortsverbandes Aachen, Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, und Bundesgeschäftsführerin Paula Honkanen-Schoberth.